

Anträge der Fraktionen zum Haushalt 2026

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Mai 2026
5.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Nutzungskonzept Veranstaltungszentrum Leinepark (VZL)</u> Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung, ein Nutzungskonzept für den Erhalt und die Weiterführung des Veranstaltungszentrums Leinepark (VZL) zu erarbeiten. Das Konzept soll unter Einbindung örtlicher Akteure insbesondere folgende Aspekte besonders berücksichtigen: ·Detaillierte Darstellung des Investitionsbedarfs für den gesamten Gebäudekomplex ·Darstellung möglicher künftiger Nutzungen durch städtische Einrichtungen, Vereine, Kulturschaffende und Bildungsträger mit den zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben - o Prüfung von Einsparpotentialen durch die Aufgabe oder Zusammenlegung von anderen städtisch genutzten Immobilien ·Integration der Stadtbibliothek als Ankernutzer in das Konzept	FD 12 IT, Projektentwicklung und Klimaschutz	Das Nachnutzungskonzept befindet sich in der Bearbeitung.
6.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Einbindung der Kommunen in den Operationsplan Deutschland</u> Der Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) der Bundeswehr bindet auch die Kommunen ausdrücklich in die Gesamtverteidigung und Stärkung der gesellschaftlichen Resilienz ein. Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung zu prüfen, welche Aufgaben der Stadt Neustadt aus dem OPLAN DEU im Krisen- und Verteidigungsfall erwachsen, welche Vorbereitungen bereits getroffen wurden und in welchen Bereichen weiterer Handlungsbedarf besteht. Die Prüfung soll insbesondere folgende Themenfelder umfassen: ·Krisen- und Verwaltungsführung ·Schutz kritischer Infrastruktur ·Zivil- und Katastrophenschutz ·Logistik und Unterstützung militärischer Bewegungen ·Bevölkerungsschutz und Kommunikation ·Kooperation und Koordination mit Land, Bund und Bundeswehr	FD 30 Feuerwehr	Die Stadt Neustadt befindet sich derzeit in Abstimmung mit der Region Hannover als zuständige Katastrophenschutzbehörde. Dieser Abstimmungsprozess wird noch andauern, bevor erste Ergebnisse vorliegen. In den Bereichen Zivil- und Bevölkerungsschutz werden erste Maßnahmen, wie die Umrüstung der Sirenen vorbereitet.
7.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Fortschritt der Verwaltungsdigitalisierung – Förderung digitaler Souveränität durch Open-Source</u> Die gemeinsame Digital-Strategie von Bund, Ländern und Kommunen zur Stärkung der digitalen Souveränität sieht den verstärkten Einsatz von Open Source-Lösungen als zentrales Instrument zur Reduzierung von herstellerabhängiger Software vor. Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung 1.zu prüfen, welche Open-Source-Lösungen verfügbar sind oder künftig eingesetzt werden können, 2.darzustellen, inwieweit Open-Source-Software mit der bestehenden IT-Strategie der Stadt vereinbar ist, 3.den aktuellen Stand der kommunalen IT-Strategie einschließlich geplanter Weiterentwicklungen darzulegen und 4.zu prüfen, welche finanziellen und organisatorischen Einsparpotenziale durch den verstärkten Einsatz von Open-Source-Produkten erzielt werden können.	FD 12 IT, Projektentwicklung und Klimaschutz	In der Kernverwaltung, Schulen, Kitas und Feuerwehren sind neben Betriebssystemen und Office-Lösungen knapp 100 Fachanwendungen im Einsatz. Die Prüfung möglicher Open-Source-Lösungen für etwaige Software und der notwendigen Schnittstellen (z.B. zu eniao) ist angedacht, bedeutet aber ein mehrmonatig angelegtes Projekt, für das aktuell noch keine Personalkapazitäten eingeplant werden konnten. Es waren hierfür Stellenanteile der IT-Ingenieure vorgesehen, die Stellen konnten leider aktuell noch nicht besetzt werden.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Mai 2026
8.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Realisierung kommunaler Neubauten in Modulbauweise</u> Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung zu prüfen, inwieweit künftig Neubauten von öffentlichen Gebäuden in modularer Systembauweise erfolgen können. Dabei soll insbesondere dargestellt werden: 1.welche wirtschaftlichen und zeitlichen Vorteile sich aus der modularen Systembauweise im Vergleich zur konventionellen Bauweise ergeben, 2.in welchen Fällen die modulare Systembauweise eine Vereinfachung der Planungs- und Genehmigungsverfahren (Entbürokratisierung) ermöglichen kann, 3.welche Qualitätsstandards, Nachhaltigkeitsaspekte und energetischen Anforderungen bei modularer Systembauweise erfüllt werden können. <u>Ergänzung Antrag FinDi 20.11.2025:</u> Die Prüfung sowie die Darstellungen sollen zusätzlich für eine Leichtbauweise erfolgen.	FD 91 Immo- bilien	Derzeit wird an einer Darstellung zur Umsetzung kommunaler Neubauten in Modulbauweise gearbeitet. Insbesondere werden Vor- und Nachteile dargestellt. Schon jetzt wird von Seiten des Fachdienstes Immobilien großen Wert darauf gelegt, dass laufende Bauvorhaben weitestgehend in Modulbauweise errichtet werden (Wandsysteme, Decken, Fassaden).
9.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Konzept zum Ausbau der Ladeinfrastruktur</u> Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung, eine Bestandaufnahme der vorhandenen öffentlichen und halböffentlichen Ladeinfrastruktur vorzunehmen und darzustellen. Auf Basis dieser Daten soll ein Konzept zum bedarfsgerechten weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur entwickelt werden, das zukünftige Standortpotentiale insbesondere an kommunalen Einrichtungen, Parkplätzen, Neubaugebieten und geeigneten Verkehrsknotenpunkten berücksichtigt. Außerdem soll Konzept zum Ausbau der Ladeinfrastruktur Das Konzept mögliche Kooperations- und Fördermodelle (z.B. Ideenstadtwerke, Förderprogramme von Bund und Land) einbeziehen.	FD 12 IT, Projekt- entwick- lung und Klima- schutz	Aktuell wird von der Region Hannover ein Konzept für Mobilpunkte vorangetrieben. Die Ergebnisse sowie die dazugehörige Umsetzungsstrategie sollen zunächst abgewartet werden, bevor eigene Konzepte auf den Weg gebracht werden.
11.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen	<u>Grundlage von Pflanzvorgaben für städtische und private Grünflächen</u> Die Ratsfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen beauftragen die Verwaltung zu prüfen, wie die Listen und fachlichen Empfehlungen des Thünen-Instituts für gebietsheimische Gehölze und Pflanzen als Grundlage für die Pflanzvorgaben in der Bauleitplanung, in städtebaulichen Verträgen, Grünflächensatzungen und bei der Vergabe von Baugebieten in ein praktikables kommunales Konzept übernommen werden können. Darüber hinaus wird die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Region Hannover bereits Pflanzvorgaben oder fachliche Empfehlungen bereithält, die auf Neustadt übertragbar sind.	FD 61 Stadtplan- ung	Die Region Hannover hat eine Liste zur „Verwendung gebietseigener Gehölze für Pflanzungen in der freien Landschaft“ veröffentlicht, die gemäß § 40 (1) 4. BNatSchG für Gehölzpflanzungen in der freien Natur verwendet wird. Üblicherweise empfiehlt die UNB der Region Hannover, die heimischen Arten aus dieser Liste auch bei Pflanzungen für Grünflächen oder Privatgrundstücke in der Bauleitplanung zu verwenden. Andere fachliche Empfehlungen der Region Hannover gibt es bislang nicht. Für Pflanzungen im Straßenraum wird in der Bauleitplanung der Stadt Neustadt die Verwendung von Gehölzen aus der GALK-Liste des Arbeitskreises Straßenbäume der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz eingesetzt. Zur Frage, welche Gehölzarten für Pflanzungen in der Bauleitplanung innerhalb der Wohngebiete im Hinblick auf die Anpassung an den Klimawandel und gleichzeitig auf die Unterstützung der heimischen Biodiversität empfehlenswert sind, gibt es unterschiedliche Fachmeinungen. Meistens werden jedoch weiterhin tendenziell heimische Arten empfohlen, ggf. ergänzt um südeuropäische Arten. Daran orientiert sich die Stadt bislang. Die Verwaltung wird auf Grundlage fachlicher Empfehlungen und Listen das bisherige Vorgehen weiterentwickeln und ein kommunales Konzept zu Pflanzungen in der Bauleitplanung, in städtebaulichen Verträgen, Grünflächensatzungen und bei der Vergabe von Baugebieten erarbeiten. Dabei kann auch die Liste des von Thünen-Institutes geprüft und ggf. inhaltlich berücksichtigt werden.

lfd. Nr.	Fraktion	Antrag	zust. FD	Stellungnahme Mai 2026
12.	CDU/ Bündnis 90/Die Grünen/ SPD	<u>Aufrechterhaltung Pflegestandards Mardorf</u> Die Ratsfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD beantragen, den bestehenden Pflegestandard in Mardorf auch im Jahr 2026 vollständig aufrechtzuerhalten. Zudem soll der Ausschuss für Finanzen und Digitalisierung jährlich über die Pflegestandards und die damit verbundenen Aufwendungen unterrichtet werden.	FD 20 Finanzen	Die Aufwendungen des Haushaltsjahres 2025 für die Unterhaltung und Pflege der touristischen Infrastruktur in Mardorf werden aktuell zusammengestellt. Die Berichterstattung erfolgt voraussichtlich in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Digitalisierung am 26.08.2026.